

Dringliche Motion JA! (Eva Krattiger und Seraina Patzen): Konsequente Klimapolitik #1: Keine Werbung für Flugreisen und Autos!

Der Klimawandel wird die Welt, wie wir sie heute kennen, völlig zerstören. Diese menschengemachte Katastrophe lässt sich nicht mehr vollständig stoppen oder rückgängig machen. Wir müssen aber alles tun, um die verheerenden Folgen, die sich bereits heute zeigen, so weit wie möglich zu verhindern. Dafür müssen wir jetzt handeln. Kleine kosmetische Massnahmen reichen dafür nicht. Es kann auch nicht sein, dass weiterhin nur an die Eigenverantwortung von uns allen appelliert wird. Es braucht griffige, gesetzliche Massnahmen – auch in der Stadt Bern.

“Nur rund fünf Prozent aller Menschen haben je ein Flugzeug bestiegen. Doch diese Minderheit verursacht enorme Emissionen: Ein einziger Urlaubsflug kann das Klima stärker aufheizen als ein Jahr lang Auto fahren und das Haus mit Erdöl heizen zusammen.” Diese Aussage stammt aus einem Bericht des WWF zum weltweiten Flugverkehr. Fliegen ist viel zu billig für den Komfort den es bietet und viel zu selbstverständlich werden die Kosten seiner Folgen externalisiert - das sind die Gründe, weshalb die erwähnten fliegenden fünf Prozent der Menschheit, die zum grössten Teil aus reichen westlichen Ländern wie der Schweiz stammen, das Flugzeug so häufig benutzen. Doch auch das Autofahren ist für einen grossen Teil der CO₂-Ausstösse verantwortlich. Grund genug, für diese schädlichen Verkehrsmittel keine Werbung mehr zuzulassen.

Denn: Fliegen und Autofahren dürfen nicht mehr als normal und moralisch unbedenklich gelten und unter keinen Umständen weiter gefördert werden. Wir fordern den Gemeinderat deshalb dazu auf, im nächsten Leistungsvertrag für die Plakatierung auf öffentlichem Grund:

- ein Verbot von Werbung für Flugreisen, Airlines und Autos aufzunehmen.
- zu verlangen, dass Werbungen, die implizit eine Flug- oder Autoreise beinhalten (z.B. für Fernurlaub oder Miles&More), mit einem Hinweis zu versehen sind, dass Fliegen der Umwelt und damit auch der Gesundheit dieser und zukünftiger Generationen schweren Schaden zufügt.

Begründung der Dringlichkeit: der Klimawandel lässt sich nicht stoppen. Es ist höchste Zeit, Massnahmen zu treffen und die verheerenden Folgen zumindest einzuschränken.

Dringliche Motion JA! (Eva Krattiger und Seraina Patzen): Konsequente Klimapolitik #2: Foodwaste stoppen!

Der Klimawandel wird die Welt, wie wir sie heute kennen, völlig zerstören. Diese menschengemachte Katastrophe lässt sich nicht mehr vollständig stoppen oder rückgängig machen. Wir müssen aber alles tun, um die verheerenden Folgen, die sich bereits heute zeigen, so weit wie möglich zu verhindern. Dafür müssen wir jetzt handeln. Kleine kosmetische Massnahmen reichen dafür nicht. Es kann auch nicht sein, dass weiterhin nur an die Eigenverantwortung von uns allen appelliert wird. Es braucht griffige, gesetzliche Massnahmen – auch in der Stadt Bern.

Wir geniessen den Luxus, dass sich jedes Geschäft, das Lebensmittel anbietet, bis kurz vor Ladenschluss mit prall gefüllten Regalen zeigt. Dass aber nach Ladenschluss tonnenweise frische Lebensmittel in der Mülltonne bzw. in Containern landen, wird möglichst verschwiegen und findet hinter verschlossenen Türen statt. Ganz nach dem Motto: "Aus den Augen, aus dem Sinn". Diese Situation ist aus unserer Sicht völlig unsinnig. Nun gibt es immer wieder Menschen, die mit diesen eklatanten Misständen beim Foodwaste nicht einverstanden sind und sich in der Nacht auf die Suche nach geniessbaren Esswaren in den Mülltonnen machen; gemeint ist das *Containern*. Zu unserem wachsenden Unmut ist das Containern jedoch immer noch gesetzlich verboten.

Die JA! fordert den Gemeinderat deshalb auf:

1. Alle Restaurants dazu zu verpflichten, die noch verwertbaren Essensreste, die üblicherweise jeden Abend nach Küchenschluss weggeworfen werden, gratis oder verbilligt den noch anwesenden Gästen oder Mitarbeitenden zugänglich zu machen, oder einer Foodsharing-Plattform (z.B. <https://foodsharingschweiz.ch>) anzubieten.
2. Das Containern zu legalisieren.
3. Alle Geschäfte, welche Lebensmittel verkaufen, dazu zu verpflichten, ihre Container und Mülltonnen nach Ladenschluss für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen. D.h. Container dürfen nicht abgeschlossen werden und müssen an einem nach Ladenschluss zugänglichen Ort platziert sein.

Begründung der Dringlichkeit: der Klimawandel lässt sich nicht stoppen. Es ist höchste Zeit, Massnahmen zu treffen und die verheerenden Folgen zumindest einzuschränken.

Dringliche Motion JA! (Seraina Patzen und Eva Krattiger): Konsequente Klimapolitik #3: Verbot für den Verkauf eingeflogener Esswaren!

Der Klimawandel wird die Welt, wie wir sie heute kennen, völlig zerstören. Diese menschengemachte Katastrophe lässt sich nicht mehr vollständig stoppen oder rückgängig machen. Wir müssen aber alles tun, um die verheerenden Folgen, die sich bereits heute zeigen, so weit wie möglich zu verhindern. Dafür müssen wir jetzt handeln. Kleine kosmetische Massnahmen reichen dafür nicht. Es kann auch nicht sein, dass weiterhin nur an die Eigenverantwortung von uns allen appelliert wird. Es braucht griffige, gesetzliche Massnahmen – auch in der Stadt Bern.

Es darf doch nicht sein, dass wenn mensch sich ins Migros begibt, Äpfel aus Neuseeland im Sortiment stehen, wo doch die Bäuer*innen im Herbst 20km von mensch entfernt Schweizeräpfel ernten! Ausserdem wächst in unseren Nachbarländern vieles, was uns in der Schweiz fehlt und problemlos mit dem Zug importiert werden kann. Es geht auch darum, in der Zeit der Klimakrise zu lernen, dass es nicht normal ist, im Winter Erdbeeren zu essen und dass jedes Obst seine Zeit hat, in der es wächst und geerntet werden kann.

Der Gemeinderat wird dazu beauftragt:

1. den Verkauf von eingeflogenen Esswaren zu verbieten
2. falls Punkt 1 unmöglich erscheint, den Verkauf von eingeflogenen Esswaren stark zu reduzieren und einzuschränken.

Begründung der Dringlichkeit: der Klimawandel lässt sich nicht stoppen. Es ist höchste Zeit, Massnahmen zu treffen und die verheerenden Folgen zumindest einzuschränken.

Dringliche Motion Junge Alternative JA! (Seraina Patzen und Eva Krattiger): Konsequente Klimapolitik #4: Keine klimaschädliche Tourismusförderung!

Der Klimawandel wird die Welt, wie wir sie heute kennen, völlig zerstören. Diese menschengemachte Katastrophe lässt sich nicht mehr vollständig stoppen oder rückgängig machen. Wir müssen aber alles tun, um die verheerenden Folgen, die sich bereits heute zeigen, so weit wie möglich zu verhindern. Dafür müssen wir jetzt handeln. Kleine kosmetische Massnahmen reichen dafür nicht. Es kann auch nicht sein, dass weiterhin nur an die Eigenverantwortung von uns allen appelliert wird. Es braucht griffige, gesetzliche Massnahmen – auch in der Stadt Bern.

Wir begrüssen die Strategie von Bern Welcome, in der Tourismusförderung neu auf Angebote und Dienstleistungen statt hohe Werbebudgets zu setzen. Auch begrüssen wir es zwar, dass das Geld, das weiterhin in Marketing und Werbung fliesst, hauptsächlich für die Bearbeitung der Nahmärkte eingesetzt wird, aber das reicht nicht.

Weiterhin fliesen jährlich Gelder von Bern Welcome in die Marktbearbeitung in Ländern ausserhalb Europas. Im Vortrag des Gemeinderates für den Leistungsvertrag mit Bern Tourismus heisst es dazu:

„Eigene Marktbearbeitung

- Für Bern Welcome bleiben somit rund Fr. 700 000.00 für die eigene Marktbearbeitung.
- Rund 80 Prozent davon fliesen in die Bearbeitung der Nahmärkte, allen voran in den Heimmarkt Schweiz.
- Die restlichen 20 Prozent verteilen sich auf die internationalen Märkte ausserhalb der Schweiz und Europa.
- Letztere werden primär in Kooperationen wie bspw. mit Schweiz Tourismus eingesetzt, um Mittel bündeln zu können.“

Insgesamt gibt Bern Welcome jährlich 1'150'000 Franken rein für Werbung und Marketing in verschiedenen Zielmärkten aus. Im Leistungsvertrag mit Bern Welcome wird zwar immer wieder der Begriff der Nachhaltigkeit bemüht, es werden aber keine Angaben gemacht, inwiefern in Werbungs- und Angebotsgestaltung auf nachhaltige Reiseverkehrsmittel gesetzt und geachtet wird.

Die Motionärinnen sind der Ansicht, dass wir unser Reiseverhalten grundsätzlich hinterfragen und umgestalten müssen. Insbesondere der Flugverkehr muss drastisch eingeschränkt werden. Es kann deshalb nicht sein, dass die Stadt Bern über den Leistungsverkehr mit Bern Tourismus eine Tourismusförderung finanziert, die zu einem zunehmenden Reiseverhalten auf Kosten des Klimas führt.

Wir fordern den Gemeinderat deshalb auf:

- Im nächsten Leistungsvertrag mit Bern Welcome festzulegen, dass keine Marktbearbeitung im Ausland mehr gemacht werden darf
- Im nächsten Leistungsvertrag mit Bern Welcome festzulegen, dass in der Angebotsgestaltung Kooperationen mit klimaschonende Reiseanbietern (Bahn) eingegangen werden sollen und dass Bern Welcome in seinen Angeboten und Informationen explizit von der Anreise mit dem Flugzeug abrät.

Begründung der Dringlichkeit: der Klimawandel lässt sich nicht stoppen. Es ist höchste Zeit, Massnahmen zu treffen und die verheerenden Folgen zumindest einzuschränken.

Dringliche Motion JA! (Eva Krattiger und Seraina Patzen): Konsequente Klimapolitik #5: Keine Parkplätze mehr in Bern!

Der Klimawandel wird die Welt, wie wir sie heute kennen, völlig zerstören. Diese menschengemachte Katastrophe lässt sich nicht mehr vollständig stoppen oder rückgängig machen. Wir müssen aber alles tun, um die verheerenden Folgen, die sich bereits heute zeigen, so weit wie möglich zu verhindern. Dafür müssen wir jetzt handeln. Kleine kosmetische Massnahmen reichen dafür nicht. Es kann auch nicht sein, dass weiterhin nur an die Eigenverantwortung von uns allen appelliert wird. Es braucht griffige, gesetzliche Massnahmen – auch in der Stadt Bern.

Noch immer ist die städtische Planung am MIV ausgerichtet und das obwohl er den Klimawandel vorantreibt. Die Stadt Bern will den motorisierten Individualverkehr (MIV) zwar stark einschränken und die Parkplätze gemäss der Vernehmlassungsvorlage des Parkierungskonzepts in den nächsten zehn Jahren um zwölf Prozent reduzieren. Diese Bestrebungen gehen aus unserer Sicht jedoch zu wenig weit. Solange Parkplätze an jeder Ecke zur Verfügung stehen und der Weg zum parkierten Auto meist kürzer ist als jener zur ÖV-Haltestelle, bleibt der MIV für viele Menschen (auch in der Stadt) ein attraktives Verkehrsmittel.

Parkplätze ihrerseits nehmen viel Platz ein im öffentlichen Raum. Die Stadt Bern strebt bis 2030 gemäss STEK ein Bevölkerungswachstum von 12% an. 2030 sollen sich also 17'000 Menschen mehr in der Stadt Bern bewegen – doch der öffentliche Strassenraum wächst nicht mit. Umso nötiger ist es, den bestehenden öffentlichen Raum sinnvoll zu nutzen. Parkplätze, die zeitweise ungenutzt und zeitweise als Abstellplatz verwendet werden, erfüllen diesen Anspruch nicht.

Durch eine Aufhebung dieser Parkplätze würde somit einerseits ein Beitrag gegen den Klimawandel geleistet. Andererseits könnten die heute für Parkplätze reservierten Flächen umgenutzt und der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden.

Wir bitten den Gemeinderat deshalb, alle Parkplätze im öffentlichen (Strassen)Raum aufzuheben und zu prüfen, welche Nutzungen auf den neugeschaffenen freien Flächen ermöglicht werden können. Taxistände, Parkplätze für den Gewerbeverkehr, Carsharings und Parkplätze für Menschen mit einer Beeinträchtigung sollen weiterhin bestehen.

Begründung der Dringlichkeit: der Klimawandel lässt sich nicht stoppen. Es ist höchste Zeit, Massnahmen zu treffen und die verheerenden Folgen zumindest einzuschränken. Zudem sollte die Motion behandelt werden, bevor der Gemeinderat das neue Parkierungskonzept verabschiedet.

Dringliche Motion JA! (Eva Krattiger und Seraina Patzen): Konsequente Klimapolitik #6: Verbot von Plastiksäcken

Der Klimawandel wird die Welt, wie wir sie heute kennen, völlig zerstören. Diese menschengemachte Katastrophe lässt sich nicht mehr vollständig stoppen oder rückgängig machen. Wir müssen aber alles tun, um die verheerenden Folgen, die sich bereits heute zeigen, so weit wie möglich zu verhindern. Dafür müssen wir jetzt handeln. Kleine kosmetische Massnahmen reichen dafür nicht. Es kann auch nicht sein, dass weiterhin nur an die Eigenverantwortung von uns allen appelliert wird. Es braucht griffige, gesetzliche Massnahmen – auch in der Stadt Bern.

Eine solche Möglichkeit bietet ein Verbot von Plastik, spezifisch von Plastiksäcken. Sowohl die Herstellung als auch der resultierende Abfall von Plastiksäcken sind enorm umweltschädlich. Die Herstellung benötigt viel Erdöl und Energie, bei der Verbrennung werden umweltschädliche Stoffe freigesetzt und die Plastiksäcke, die nicht korrekt entsorgt werden, zersetzen sich erst nach hunderten von Jahren vollständig. Die Schweiz ist zwar ganz vorne mit dabei, wenn es um Recycling und Kompostieren geht, jedoch sind wir auch die europaweit drittgrössten Abfallproduzenten.

Durch die Einführung einer Gebühr für Plastiksäcke durch die grossen Detailhändler hat der Verbrauch von Plastiksäcken schon abgenommen. Trotzdem sehen wir noch viel Handlungsbedarf:

Beim Verkauf von Obst und Gemüse stehen immer noch Gratisplastiksäcke zur Verfügung. Diese könnten jedoch einfach durch wiederverwendbare Stoffsäcke oder kompostierbare Plastiksäcke ersetzt werden. Die Stoffsäcke wären klimatechnisch insofern ideal, da sie sich durch eine sehr lange Lebenszeit auszeichnen. Das würde bei einem verhältnismässigen Preis dazu führen, dass die Leute diese Säcke auch viel öfters verwenden würden, anstatt sie immer gleich wegzuerwerfen.

Beim Verkauf von Gebäck stehen oftmals Papiertüten zur Verfügung, die aber ebenfalls einen Teil an Plastik haben. Das ist Plastikabfall, der ohne grössere Probleme vermieden werden kann, indem die Tüten ganzheitlich aus Papier hergestellt werden.

Kostenpflichtige Plastiksäcke gehen zu wenig weit und sind nur die halbe Lösung. Indem Plastiksäcke grundsätzlich verboten würden, könnte noch mehr bei der Plastikproduktion und dem Plastikabfall eingespart werden. Die Leute würden sich automatisch nachhaltiger verhalten, denn eine Stofftasche ist teurer und stabiler als ein Plastiksack und wird somit auch länger gebraucht und weniger schnell entsorgt.

Deswegen fordern wir den Gemeinderat dazu auf, alle Plastiksäcke im Detailhandel zu verbieten. Ausgenommen davon sind kompostierbare Säcke für Obst und Gemüse. Stattdessen sollen fair produzierte Stoff- und Papiertaschen gegen einen Aufpreis erhältlich sein.

Begründung der Dringlichkeit: der Klimawandel lässt sich nicht stoppen. Es ist höchste Zeit, Massnahmen zu treffen und die verheerenden Folgen zumindest einzuschränken.

Dringliche Motion JA! (Eva Krattiger und Seraina Patzen): Konsequente Klimapolitik #7: Autofreie Stadt Bern

Der Klimawandel wird die Welt, wie wir sie heute kennen, völlig zerstören. Diese menschengemachte Katastrophe lässt sich nicht mehr vollständig stoppen oder rückgängig machen. Wir müssen aber alles tun, um die verheerenden Folgen, die sich bereits heute zeigen, so weit wie möglich zu verhindern. Dafür müssen wir jetzt handeln. Kleine kosmetische Massnahmen reichen dafür nicht. Es kann auch nicht sein, dass weiterhin nur an die Eigenverantwortung von uns allen appelliert wird. Es braucht griffige, gesetzliche Massnahmen – auch in der Stadt Bern.

Das Autofahren eine schwere Belastung für die Umwelt darstellt, sollte gerade jetzt, vor den Forderungen der für das Klima streikenden Jugend, im Bewusstsein des Gemeinderats präsent sein. Den CO₂ ausstossenden (privat) Verkehr zu minimieren, muss deshalb ein prioritäres Ziel der aktuellen städtischen Politik sein.

In der Stadt Bern ist ein allgemeiner Verzicht auf das Auto nicht mit grossen Einbussen im Bereich der Mobilitätsfreiheit verbunden. Die Stadt ist durch ein gut ausgebautes Netz des öffentlichen Verkehrs bestens ohne Privatwagen zugänglich.

Privatwagen behindern den Fluss des öffentlichen Verkehrs und nehmen viel zu viel Platz im öffentlichen Raum ein. Autostrassen sind für Anwohner*innen und Passant*innen unangenehm und insbesondere für Kinder gefährlich.

Eine autofreie Stadt Bern würde also die Lebensqualität der Stadtbewohner*innen auf verschiedenen Ebenen verbessern. Es käme zu einem unmittelbaren Anstieg des Wohn- und Bewegungskomforts unter anderem durch enormen Platzgewinn, wenn Parkplätze und breite Autostrassen aufgelöst werden könnten.

Abgesehen von diesen Punkten, die den Lebensstandard, wie wir ihn heute haben, noch mehr anheben würden, ist jegliche Arbeit des Gemeinderats, die nicht in die geforderte Richtung geht, absolut verantwortungslos. Wie an den Klimastreiks richtig festgestellt, geht es bei der Forderung den CO₂ Ausstoß so weit wie möglich zu verhindern, nicht um Komfort sondern um die Lebensgrundlage der zukünftigen Generationen.

Wir vorderen deshalb den Gemeinderat auf ein Fahrverbot auf dem ganzen Stadtgebiet einzuführen. Ausgenommen davon sind Taxis, Gewerbeverkehr, Carsharings und Blaublichtorganisationen. Außerdem soll es möglich sein, Extrabewilligungen zu bekommen, wenn Menschen aus gesundheitlich/physischen Gründe auf ein privates Fahrzeug angewiesen sind. Bei diesen soll der Gemeinderat aber unbedingt die Umstellung auf klimaverträglichere Mobilität fördern.

Begründung der Dringlichkeit: Der Klimawandel lässt sich nicht stoppen. Es ist höchste Zeit, Massnahmen zu treffen und die verheerenden Folgen zumindest einzuschränken.

Dringliche Motion JA! (Seraina Patzen und Eva Krattiger): Konsequente Klimapolitik #8: Flugverbot für Dienstreisen

Der Klimawandel wird die Welt, wie wir sie heute kennen, völlig zerstören. Diese menschengemachte Katastrophe lässt sich nicht mehr vollständig stoppen oder rückgängig machen. Wir müssen aber alles tun, um die verheerenden Folgen, die sich bereits heute zeigen, so weit wie möglich zu verhindern. Dafür müssen wir jetzt handeln. Kleine kosmetische Massnahmen reichen dafür nicht. Es kann auch nicht sein, dass weiterhin nur an die Eigenverantwortung von uns allen appelliert wird. Es braucht griffige, gesetzliche Massnahmen – auch in der Stadt Bern.

Der Wohnbaufonds lässt sich vom Wiener Wohnungsbau inspirieren, für die Velooffensive werden die führenden Velostädte im Norden Europas besucht: Die Stadt Bern will in verschiedenen Bereichen von den führenden Städten Europas lernen. Zu diesem Zweck reisen Mitglieder von Kommissionen, Gemeinderäte und Gemeinderätinnen sowie Angestellte der Verwaltung ins Ausland. Zwar begrüssen wir, dass für sich die Stadtverwaltung an den guten Beispielen aus anderen Städten orientiert und sich davon inspirieren lässt. Doch ein Abschauen von nachhaltiger Verkehrspolitik in Kopenhagen passt nicht zusammen mit einer klimaschädlichen Flugreise nach Kopenhagen. Bis heute gibt es keine Richtlinien, die solche Dienstreisen per Flugzeug für Stadtangestellte verbieten.

Wir fordern den Gemeinderat deshalb auf, die Benutzung des Flugzeugs für sich sowie für die Dienstreisen aller städtischen Angestellten zu verbieten.

Begründung der Dringlichkeit: der Klimawandel lässt sich nicht stoppen. Es ist höchste Zeit, Massnahmen zu treffen und die verheerenden Folgen zumindest einzuschränken.